

**Erwiderung zu POLIS Nr. 1/2009, Verbandspolitische Rundschau, S. 31: Beitrag „Rheinland-Pfalz, Mitgliederversammlung am 1. September 2008“**

In seinem Bericht von der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz am 1. September 2008 stellt Hans Berkessel, 1. Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der DVPB, bezüglich der Aufkündigung seiner Mitarbeit an der bayerischen Landeszeitschrift FORUM POLITIKUNTERRICHT und der von ihm erwirkten Beendigung des seit 2005 bestehenden FPU-Abonnements für die Mitglieder des LV Rheinland-Pfalz Behauptungen auf, die nachweislich falsch sind.

1. Kollege Berkessel behauptet, dass „die Kooperation mit dem Landesverband Bayern und seiner Landeszeitschrift FPU (...) wegen andauernder Differenzen und einer ‚Vergiftung des Klimas der Zusammenarbeit‘ (...) eingestellt“ wurde.

Hierzu stelle ich als verantwortlicher Redakteur von FPU ausweislich der – jederzeit einsehbaren – Korrespondenz zwischen Herrn Berkessel und der FPU-Redaktion mit Nachdruck fest, dass sich Kollege Berkessel ab Sommer 2006 des Öfteren nicht mehr in der Lage sah, die mehrmals ihm mitgeteilten FPU-Redaktionsschlüsse einzuhalten.

2. Von einer „Minimierung des zur Verfügung gestellten Platzes“ (für Beiträge aus dem LV Rheinland-Pfalz) seitens der FPU-Redaktion kann absolut keine Rede sein. Laut Vereinbarung zwischen Herrn Berkessel und Prof. Dr. Peter Hampe, Vorsitzender des LV Bayern der DVPB, waren für Aufsätze, Berichte, Meldungen, Nachrichten etc. des LV Rheinland-Pfalz jeweils fünf Seiten für jedes FPU-Heft reserviert. Nur: Kollege Berkessel hat diese fest eingeplanten Seiten spätestens ab FPU 2/06 entweder nicht gefüllt oder Artikel – meistens weit nach Redaktionsschluss – häufig in einem „Rohzustand“ geliefert, der für den FPU-Redakteur einen erheblichen zusätzlichen und letztlich unzumut-

baren Zeit- und Arbeitsaufwand des Redigierens erfordert hätte.

3. Von einer „Einschränkung der Mitsprachemöglichkeit bei der inhaltlich-thematischen Planung“ bei FPU, wie Herr Berkessel weiterhin in POLIS behauptet, kann ebenfalls keine Rede sein. Kollege Berkessel hat innerhalb von vier Jahren keinerlei Vorschläge für Schwerpunktthemen beigelegt, geschweige denn – außer bei FPU 1/06 und FPU 1/07 – bei der „inhaltlich-thematischen Planung“ aktiv mitgewirkt.

4. Die Mitglieder des Vorstandes des LV Rheinland-Pfalz wurden von mir in Briefen vom 23.7.2008 (also bereits vor der Mitgliederversammlung vom 1.9.2008) und am 3.1.2009 über die in Punkt 1 und Punkt 2 dargelegten Probleme unterrichtet und um Abhilfe gebeten.

Trotz der jahrelangen Frustrationen des FPU-Redakteurs ist die

bayerische Landeszeitschrift auch weiterhin gerne bereit, mit dem LV Rheinland-Pfalz zu kooperieren, wie es mit dem LV Sachsen immerhin seit 1990 und mit dem LV Thüringen seit 2006 bestens und reibungslos funktioniert.

Nur: Kollege Berkessel – oder ein anderes Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesverbandes – muss die Zwänge einer Zeitschriftenherstellung und die Einhaltung von Terminen sowie des vereinbarten Umfangs von Manuskriptseiten verbindlich auch akzeptieren. So einfach wäre das, ohne den DVPB-Mitgliedern in Rheinland-Pfalz bei der Mitgliederversammlung vom 1. September 2008 die richtigen Fakten vorzuenthalten und die o.g. Anschuldigungen und wahrheitswidrigen Behauptungen nun auch noch in POLIS 1/09 bundesweit zu verbreiten!

München, 29.4.2009  
Hannes S. Macher  
(Redakteur FORUM POLITIK-UNTERRICHT)

**Schleswig-Holstein**



**„Aspekte jüdischen Lebens heute“**

**Kooperationsseminar des Landesverbandes mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg**

Das Programm sprach Lehrer und Schüler gleichermaßen an. Neben Referaten zu Ursachen und Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus wurde auch Einblick gegeben in die Inhalte jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein. Walter Blender, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg und Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland, berichtete anschaulich und informativ über die Arbeit in der Bad Segeberger Gemeinde, die knapp 200 Mitglieder zählt. Für sein Engagement für das jüdische Leben erhielt der 47-jährige Familienvater und Kripo-Beamte aus Groß

Rönnau Ende April das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens. In Bad Segeberg gibt es seit 2007 eine Synagoge, die mit großem ehrenamtlichem Einsatz der Gemeindeglieder aufgebaut wurde. Unser Landesverband wird auch im kommenden Jahr wieder ein Seminar zu dieser Thematik anbieten. Dabei hat es sich sehr bewährt, mit einer jüdischen Gemeinde zusammen zu arbeiten und deren Räumlichkeiten als authentischen Ort der Vermittlung zu nutzen.

Im Rahmen einer offenen Mitgliederversammlung hat sich der Landesverband außerdem mit der Situation des Faches Wirtschaft/Politik an Gymnasien befasst. Gastredner war Dr. Andreas Groh, hauptamtlicher Studienleiter am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH). Angesichts von Profiloferstufe und Abitur nach acht Jahren gilt es, die Stellung des Faches zu stabilisieren. Es zeigt sich aber, dass die Schü-

lerinnen und Schüler großes Interesse daran haben – eine gute Voraussetzung, um das Fach weiter auszubauen. Sorge bereitet der Wettstreit der Bundesländer um den Lehremachwuchs. Schleswig-Holstein verliert viele Jung-Lehrer an benachbarte Bundesländer, weil dort bessere Besoldung und schnellere Verbeamtung geboten werden. Der Wettbewerbsföderalismus geht somit nicht zugunsten unseres finanzschwachen Landes aus.

Keine Neuigkeiten gibt es leider in Sachen Neubesetzung der Leitung unserer Landeszentrale für politische Bildung: Obwohl die Vorstellungsgespräche längst abgeschlossen sind, vermochte es die Staatskanzlei bislang nicht, eine Entscheidung zu treffen. So spart man Monat für Monat Geld, schwächt aber auch die politische Bildung – ein politisches Trauerspiel! Mehr dazu an dieser Stelle im nächsten Heft.

Annette Wiese-Krukowska

**Bayern**



**Jahrestagung der DVB in Tutzing: 23. – 25.10.2009**

Tagungsort ist die Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Das Thema der Veranstaltung ist der politischen Geschichte Deutschlands nach 1945 gewidmet. Die Gleichung „40 + 20 = 60“ soll als thematische Chiffre auf die zuerst getrennte Entwicklung der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR hinweisen. Seit 1989 können die Deutschen nun auf – zumindest im staatsrechtlichen Sinne – gemeinsame Geschichte zurückblicken und von daher eine Gesamtsicht auf 60 Jahre deutsche Nachkriegsentwicklung wagen. Ein detaillierter Programminweis wird in der nächsten Ausgabe von „Forum Politikunterricht“ veröffentlicht.

Im Rahmen dieser Tagung findet am Freitag, den 23.10.2009 die Mitgliederversammlung mit Neuwahlen statt.

Prof. Dr. Peter Hampe  
(Landesvorsitzender)